



Beschlüsse

**des Landesparteitags
der SPD Baden-Württemberg
am 23. Oktober 2021 in Freiburg**

Berichterstatter*innen

Antragsbereich	Berichterstatter*innen
Arbeitsprogramm	Daniela Harsch
Arbeit und Soziales	Birte Könnecke Daniela Harsch
Außen- und Sicherheitspolitik	Bettina Ahrens-Diez René Repasi
Bildung	Tim Strobel Annkathrin Wulff
Gesundheit und Pflege	Heike Baehrens
Innen und Recht	Lina Seitzl Jonas Weber
Partei und Organisation	Stephanie Bernickel René Repasi
Steuern und Finanzen	Daniel Born
Umwelt und Verkehr	Birte Könnecke Tim Strobel
Initiativanträge	Daniela Harsch René Repasi

Mitglieder der Antragskommission

Bettina Ahrens-Diez	Heike Baehrens	Stephanie Bernickel
Daniel Born	Jakob Dongus	Sonja Elser
Daniela Harsch	Rainer Hinderer	Lukas Hornung
Wolfgang Katzmarek	Renate Knauss	Birte Könnecke
Benjamin Köpfle	Christian Lange	Judith Marvi
Katja Mast	Dominique Odar	René Repasi
Gabi Rolland	Andrea Schiele	Sarah Schlösser
Lina Seitzl	Frederic Striegler	Tim Strobel
Huyhn Trong An Tang	Florian Wahl	Jonas Weber
Sebastian Weigle	Andreas Woerlein	Annkathrin Wulff

René Repasi	Vorsitzender
Daniela Harsch	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreterin

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
www.spd-bw.de

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Ini - Initiativ-Anträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Ini 01	Neuer Aufbruch in Land und Bund – mit Geschlossenheit, Tatkraft und voller Motivation Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	19

Arb - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Arb 01	Nur Gemeinsam sind wir stark - Solidarischer Umgang und gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	8

AS - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AS 02	Anspruch auf bezahlte Menstruationsfreistellung KV Heidelberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	15
AS 03	Gebärdensprache bei Bundes- und Landespressekonferenzen KV Karlsruhe-Stadt <i>angenommen</i>	17

AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AUS 02	Keinen Stopp der Luftbrücke aus Afghanistan ASF Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	18

IR - Innen und Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
IR 02	Was bedeutet die Pandemie für queeres Leben? – Bestandsaufnahme und ein Forderungskatalog nach eineinhalb Jahren Coronapolitik Landesvorstand, SPDqueer Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	22
IR 03	My name – my choice Jusos Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	29
IR 04	Sicherheit – auch für die persönlichen Daten! Für mehr Verhältnismäßigkeit beim Einsatz der Telekommunikationsüberwachung! Jusos Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	31
IR 06	Allgemeines Vorkaufsrecht von Kommunen an bebauten und unbebauten Grundstücken und Wohnungen KV Karlsruhe-Stadt <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	33
IR 09	Geschlechtergerecht in Wort und Schrift ASF Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	34
IR 10	Landesaufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte und besonders gefährdete Frauen ASF Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	35

UV - Umwelt und Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
UV 02	Kreuzfahrt-Angebote des SPD-Reiseservice KV Karlsruhe-Stadt <i>angenommen</i>	38

Res - Resolution

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Res 01	Europa gelingt nur gemeinsam – für eine starke und wehrhafte europäische Rechtsgemeinschaft Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	36

Antrag Arb 01: Nur Gemeinsam sind wir stark - Solidarischer Umgang und gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Laufende Nummer: 37

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	Arb - Arbeitsprogramm

1 Die Menschen trauen der SPD wieder zu, die richtigen Antworten auf die drängenden
2 Fragen zu geben, das ist im Bund und zunehmend auch im Land so. Das sind gute
3 Voraussetzungen, um uns unter den Eindrücken dieses Wahlkampf-Jahres an die Arbeit zu
4 machen. Denn das Ergebnis der Landtagswahl und die Analyse zur Aufarbeitung dieser
5 Wahl, haben noch einmal bewiesen, dass es viel zu tun gibt. Der Landesvorstand hat in
6 dem vorgelegten Arbeitsprogramm bereits erste Erkenntnisse auf- und zur Umsetzung in
7 den Blick genommen. Die Gremien der Partei werden sich umfassend mit der vorgelegten
8 Analyse "Neue Perspektiven" beschäftigen und zügig über die Umsetzung der notwendigen
9 Maßnahmen entscheiden. Es gilt nun, aus dieser Aufarbeitung und den Eindrücken der
10 Wahlkämpfe die richtigen Schlüsse zu ziehen und unsere Partei inhaltlich und
11 organisatorisch effektiv für eine gute Zukunft aufzustellen.

12 Eine Partei, die Solidarität zu ihren Grundwerten zählt, muss diese auch im Umgang
13 miteinander leben. Eine gute, wertschätzende und transparente Zusammenarbeit mit
14 allen unseren Gremien ist für eine erfolgreiche und geschlossene Partei elementar.
15 Die Landesspitze, Vorstand, Arbeitsgemeinschaften, Fraktion, Landesgruppe und
16 Kommunalvertreter*innen arbeiten inzwischen gut als Team zusammen. Die Bundestagswahl
17 hat gezeigt, dass wir dann stark sind, wenn wir als Partei geschlossen auftreten,
18 wenn wir hart in der Sache diskutieren und trotzdem Mehrheitsentscheidungen
19 respektieren und solidarisch tragen.

20 Auch wenn wir innerparteilich Aufgaben vor uns haben, dürfen wir uns nicht
21 überwiegend mit uns selbst beschäftigen. Unsere Aufgabe ist, dieses Land
22 voranzubringen. Dieser Aufgabe werden wir uns neben unseren Hausaufgaben in der
23 Partei geschlossen und motiviert stellen.

24 Vordringlich wollen wir uns im Jahr 2022 folgenden Aufgaben widmen:

25

26 Im Arbeitsjahr 2022 wollen wir uns folgenden Aufgaben widmen:

27 **POLITISCHE SCHWERPUNKTE SETZEN – EIN ZUKÜNFTIGES LANDESPROGRAMM ENTWICKELN**

28 Auch in der kommenden Arbeitsperiode wollen wir politische Schwerpunkte setzen.

29 **Sozialer Aufbruch für Baden-Württemberg**

30 Die Corona-Pandemie stellt eine Zäsur in fast allen Politikbereichen dar, besonders

31 aber in unserem sozialen Zusammenleben. Wir brauchen daher Anstöße für eine neue
32 Sozialpolitik, welche Gesundheit, Pflege, Gleichstellung, Familien und
33 Armutsbekämpfung gleichermaßen in den Blick nimmt. Dabei geht es auch um
34 Strukturfragen in der Sozialpolitik. Wir machen uns auf eine sozialpolitische Reise,
35 um in den wesentlichen Fragen wieder ein klareres Profil zu erlangen. In einer
36 eigenen Projektgruppe des Landesverbandes widmen wir uns bereits der Frage, was
37 Kinder und Jugendliche jetzt besonders brauchen.

38 **GUTE KOMMUNIKATION ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG**

39 Eine erfolgreiche Kommunikationsstrategie in der Oppositionsrolle und eine effektive
40 interne Verzahnung sind entscheidend für eine positive Entwicklung der SPD in Baden-
41 Württemberg. In diesem Bereich haben wir uns im letzten Jahr bereits
42 weiterentwickelt. Die hier begonnenen Ansätze in der digitalen Arbeit, dem Community
43 Management und der internen Kommunikation müssen weiter gefestigt und die Strukturen
44 auf allen Ebenen vernetzt werden.

45 **Parteiarbeit und Kommunikation auf allen Ebenen verzahnen**

46 Um die Parteiarbeit besser und vor allem schneller abzustimmen, soll die Arbeit auf
47 allen Ebenen zwischen Landtags- und Bundestagsfraktion, Landesverband und Kommunen
48 weiter verzahnt werden. Die politische Führung der einzelnen Teile unserer Partei
49 arbeitet immer enger zusammen. Auf der Arbeitsebene müssen wir die Zusammenarbeit
50 zwischen Landesverband, Landtagsfraktion, Landesgruppe, Abgeordnetenbüros, Kommunalen

51 und SGK allerdings deutlich intensivieren. Auch wenn die verschiedenen Ebenen
52 aufgrund gesetzlicher Vorgaben getrennt Aufgaben wahrnehmen müssen, so müssen wir uns
53 zunehmend als eine Einheit verstehen. Abläufe und Prozesse wollen wir bei einer
54 Tagung mit Mitarbeiter*innen der genannten Ebenen zu Beginn des Jahres 2022 erstmals
55 gemeinsam erarbeiten und in regelmäßigen Abständen weiterentwickeln.

56 Um auch in unseren lokalen Strukturen umfassendes Wissen über die technische und
57 organisatorische Umsetzung einer guten Kommunikationsarbeit zu schaffen, wollen wir
58 ein Bildungsprogramm schaffen, mit dem ehrenamtliche Kommunikationsmanager*innen
59 ausgebildet werden sollen. Hierbei sollen die Teilnehmer*innen Kompetenzen für eine
60 gute politische Kommunikation im digitalen und analogen Bereich erwerben.
61 Bewerber*innen sollen von den Kreisverbänden vorgeschlagen werden und nach der
62 abgeschlossenen Schulung die Kommunikationsarbeit vor Ort unterstützen.

63 **Sprechfähigkeit verbessern**

64 Gleichzeitig soll ein Prozess für planbare Kommunikationsinhalte festgelegt werden,
65 um die Sprachfähigkeit rechtzeitig auf allen Ebenen vorzubereiten und in der Fläche
66 in Zukunft noch einheitlicher kommunizieren zu können.

67 **Inhaltliche Arbeit durch gute Struktur und Organisation stärken**

68 Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit politischen Themen wird in der gesamten
69 Partei großgeschrieben und auf Mitgliederebene gelebt – darauf sind wir zu Recht
70 stolz. Um diesen Anspruch unserer eigenen Tradition im Landesverband zu spiegeln,
71 soll die Geschäftsstelle zukünftig für eine stärkere und proaktive inhaltliche

72 Auseinandersetzung mit den Themen befähigt werden, sodass hier auch eigenständig
73 Ideen entstehen und weiterentwickelt werden, die in Zusammenarbeit mit dem
74 Landesvorstand und der Landtagsfraktion die Parteiarbeit auf allen Ebenen beleben und
75 Impulse in die Gliederungen geben können.

76 **Auf geschlechtergerechte Sprache und ausgeglichene Bildsprache achten**

77 Bei aller Kommunikation, in den sozialen Netzwerken, digitalen Events und in der
78 internen Kommunikation soll weiterhin eine geschlechtergerechte Sprache und eine
79 ausgeglichene und diverse Bildsprache sowie, wo möglich, eine paritätische Besetzung
80 von allen externen und internen Veranstaltungen, Podiumsgesprächen, digitalen
81 Formaten, Pressekonferenzen etc. umgesetzt werden. Wir sind eine moderne und
82 vielfältige Partei. In unserer Arbeit wollen wir diese Vielfalt abbilden, indem wir
83 auch weiterhin auf quotiert besetzte Podien achten und die Buntheit und Vielfalt, die
84 wir als SPD leben, noch besser nach außen sichtbar machen. Dazu gehört auch, dass wir
85 weiterhin und verstärkt unsere Funktionsträger*innen in ihrer Rolle als
86 Botschafter*innen einsetzen.

87 **Interne Kommunikation ausbauen**

88 Wir wollen unsere Mitglieder motivieren, sich stärker und unkomplizierter in die
89 Parteiarbeit einzubringen. Davon profitiert die ganze Partei. Mit dem Roten Netz
90 haben wir ein neues Format für digitale Parteiarbeit gestartet und so einen Weg zu
91 mehr direkter Mitgliederbeteiligung geschaffen.

92 Der Bereich der internen Kommunikation soll in Zukunft noch stärker ausgebaut und
93 eine interne Kommunikationsstrategie konsequent umgesetzt werden, sodass hier im
94 gesamten Landesverband und den Gliederungen klare Strukturen entstehen und bestehende
95 Strukturen weiter ausgebaut und gefestigt werden. Um interne Informationen
96 ganzheitlich umzusetzen und die E-Mail-Flut zu verringern, soll das Rote Netz weiter
97 betreut und verstärkt auch für die Interne Kommunikation zwischen
98 Landesgeschäftsstelle, Gliederungen und Wahlkampfteams genutzt werden. Um das Rote
99 Netz als Tool für Wissensmanagement und „Go To“-Plattform für die interne
100 Planung auch in den Ortsvereinen und für thematische Arbeit einzuführen, wird die
101 bereits angelaufene „Interne Influencer“-Arbeit in Bezug auf das Rote Netz
102 weiterverfolgt. Die Mitglieder werden in der Nutzung regelmäßig geschult und aus der
103 Landesgeschäftsstelle aktiv unterstützt.

104 Das Rote Netz als Plattform für inhaltliche Parteiarbeit haben wir bereits im Prozess
105 der Erstellung unseres Landtagswahlprogrammes positiv erprobt. Wir binden, moderiert
106 durch Mitglieder aus dem Landesvorstand, unsere Mitglieder auch in Zukunft in unsere
107 Arbeit als Landesverband ein. Wir schaffen dadurch für sie die Möglichkeit, sich auch
108 zwischen den Parteitagen projektbezogen im Roten Netz zu verschiedenen
109 Fragestellungen zu äußern.

110 **Community-Arbeit intensivieren**

111 Die Community-Arbeit und die dazu gehörigen, bereits aufgebauten Gruppen (Influencer
112 Network und Community Jetzt) werden weiter ausgebaut, in der Kommunikationsabteilung
113 aktiv betreut und weitergebildet, um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und auch über
114 Wahlkämpfe hinaus effektiv über soziale Medien kommunizieren zu können, Präsenz zu

115 zeigen und Beziehungen auf- und auszubauen.

116 **Schulungen für Mandatsträger*innen und ihre Mitarbeiter*innen und besonders**
117 **Kandidierende anbieten**

118 Den Mandatsträger*innen und ihren Mitarbeiter*innen und besonders Kandidierende
119 sollen genau wie den Gliederungen durch Schulungen und einen schnelleren
120 Informationsfluss bzw. den verbesserten Kommunikations-Flow die nötigen Mittel,
121 Sprache und Argumentationen an die Hand gegeben werden, um verstärkt selbst in den
122 Sozialen Medien aufzutreten und die offizielle Kommunikation so zu unterstützen.

123 Um auch in unseren lokalen Strukturen umfassendes Wissen über die technische und
124 organisatorische Umsetzung einer guten Kommunikationsarbeit zu schaffen, wollen wir
125 Bildungsangebote erarbeiten, mit dem die Teilnehmer*innen Kompetenzen für eine gute
126 politische Kommunikation im digitalen und analogen Bereich erwerben.

127 **PARTEIARBEIT MODERN UND KOMMUNIKATIV**

128 Die SPD Baden-Württemberg hat rund 33.000 Mitglieder. Bei der Landtagswahl haben uns
129 aber nur 11 % der Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen geschenkt. Die damit
130 verbundenen finanziellen Auswirkungen stellen den Landesverband vor große
131 Herausforderungen. Einerseits wollen wir unsere Mitglieder und Gliederungen optimal
132 unterstützen, andererseits müssen wir mit den vorhandenen personellen und
133 finanziellen Ressourcen haushalten. Dieses Dilemma wollen wir angehen, indem der
134 Landesvorstand zu Beginn des Jahres 2022 eine Organisationspolitische Kommission
135 einsetzt. Diese Kommission soll für den Landesvorstand Vorschläge erarbeiten, in
136 welcher Weise wir uns organisatorisch weiterentwickeln können. Der Landesvorstand
137 entscheidet dann, welche Vorschläge zum ordentlichen Parteitag Ende 2022 eingebracht
138 werden.

139 **Landesvorstandsarbeit effektiver gestalten**

140 Die Kernaufgabe des Landesvorstands ist es, strategische Entscheidungen für die
141 gesamte Landespartei zu treffen. Dazu wollen wir weiterhin ergebnisorientiert
142 arbeiten und möglichst wenig Zeit der Eigenbeschäftigung widmen. Wir werden
143 transparent und kooperativ zusammenarbeiten und Zuständigkeiten definieren, um so
144 unserer Rolle als Führungsgremium gerechter zu werden. Die inhaltliche Arbeit
145 zwischen Landtagsfraktion, Landesgruppe, Kommunalpolitischen Vertretern und dem
146 Landesvorstand soll in konkreten Arbeitsergebnissen münden. Wir wollen inhaltliche
147 Zuständigkeiten der Mitglieder des Landesvorstands aktiv leben und die Vielfalt des
148 Gremiums nutzen. Jedes Mitglied in den Führungsgremien soll weiterhin eigene
149 inhaltliche Vorschläge einbringen oder Debatten anregen können. Damit die SPD Baden-
150 Württemberg im ganzen Land wahrgenommen und wieder erfolgreich wird, müssen alle
151 Landesvorstandsmitglieder, aber auch Kreisvorsitzende und Mandatsträger*innen, noch
152 mehr als bisher in ihre Regionen hineinwirken. Dadurch erhöht sich für die
153 Bürgerinnen und Bürger die Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit der gesamten Partei.
154 Während der Corona-Pandemie haben wir gelernt, für Gremiensitzungen und
155 Veranstaltungen digitale Möglichkeiten zu nutzen. Darauf wollen wir auch in Zukunft
156 nicht verzichten, nicht zuletzt, weil die digitalen Sitzungen weite Wege ersparen und

157 zudem familienfreundlich sind. Die Sitzungen des Präsidiums werden bis auf weiteres
158 als Videokonferenzen stattfinden. Bei den Landesvorstandssitzungen setzen wir auf
159 eine Mischung aus Präsenz- und Online-Treffen. Ein ähnliches Vorgehen empfehlen wir
160 auch den Untergliederungen und Arbeitsgemeinschaften. Zweimal jährlich trifft sich
161 der Landesvorstand zu Klausurtagungen. Alle Mitglieder des Landesvorstands sind
162 aufgerufen, Impulse und Vorschläge zu erarbeiten und bei Klausurtagungen
163 einzubringen.

164 Damit unsere Mitglieder die Möglichkeit haben, sich inhaltlich gezielt mit einem
165 Thema auseinandersetzen und einbringen zu können, wollen wir die kleinen Parteitage
166 auch weiterhin beibehalten. Wie bisher planen wir zwei Kreisvorsitzenden-Konferenzen
167 pro Jahr, um den Austausch mit unseren Kreisverbänden, aber auch den
168 Arbeitsgemeinschaften zu fördern.

169 **Mitgliedschaft, Partizipation und Aufstieg von Frauen und Jungen in der Partei**

170 Wir wollen mehr junge Menschen in unseren Parlamenten, mehr Frauen und generell mehr
171 Vielfalt. Wir müssen Menschen motivieren sich aktiv in die Politik einzubringen. Doch
172 dafür bedarf es auch der richtigen Rahmenbedingungen für Engagement. Ehrenamt muss
173 zum Leben passen – und das hat sich verändert.

174 Wir müssen die Weichen für ein modernes politisches Ehrenamt schaffen. Es muss Raum
175 für Auszeiten für Familie, Beruf und persönliche Entwicklung geben.

176 Regelungen aus der Arbeitswelt wie Homeoffice, Elternzeit oder ein Sabbatical können
177 hier Vorbild sein. Die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg braucht ein Update,
178 damit Ehrenamt auch den Ansprüchen der heutigen Zeit entspricht. Das unterstützen
179 wir.

180 Wir decken hinderliche innerparteiliche Strukturen für die Mitgliedschaft und
181 Partizipation von Frauen und jungen Engagierten in der Partei auf und bauen diese
182 entsprechend ab. Wir wollen gezielt junge Frauen fördern und stärken.

183 **Kampagnenfähigkeit aufrechterhalten**

184 Die SPD ist eine Mitgliederpartei. Sie bildet in ihrer Mitgliedschaft die
185 Gesellschaft in ihrer Breite ab und schöpft daraus auch ihren Gestaltungsanspruch.
186 Eine aktive Mitgliedschaft ist für uns Basis der politischen Entscheidungsprozesse.
187 Deshalb sind für uns die Gewinnung neuer Mitglieder für die Sozialdemokratie und die
188 optimale Betreuung aller Mitglieder von besonderer Bedeutung. Mitgliedergewinnung
189 und-betreuung rücken daher wieder deutlicher in den Fokus unserer Arbeit.

190 Wir wissen, dass wir nicht mehr auf allen Ebenen und in allen Gliederungen stark
191 genug sind, Kampagnen effektiv und deutlich sichtbar umzusetzen. Die hervorragend
192 angenommene und von den Orts- und Kreisverbänden umgesetzte Kampagne für
193 Gebührenfreie Kitas hat aber gezeigt, dass Kampagnenfähigkeit für eine
194 Oppositionspartei und ihre politische Wahrnehmung wesentlich ist und Kampagnen,
195 welche eine hohe politische Identifikation und Mobilisierung bieten, von der
196 Mitgliedschaft auch gerne angenommen werden. Wir werden daher unsere
197 Organisationsstrukturen im kommenden Jahr sowohl auf den einzelnen Ebenen als auch im
198 Zusammenspiel der Ebenen und des Haupt- und Ehrenamtes sowie der Mandatsträger*innen

199 im Hinblick auf unsere Kampagnenfähigkeit überprüfen und Vorschläge für eine
200 verbesserte Aufstellung erarbeiten.

201 Zum Erhalt unserer Fähigkeit zur Umsetzung politischer Kampagnen gehört die
202 kontinuierliche Qualifizierung unserer Funktionär*innen und Mitglieder zur
203 Kampagnenarbeit. Mit den Erkenntnissen aus den Bildungsworkshops in den Wahlkämpfen
204 2021 werden wir unsere innerparteiliche Bildungs- und Qualifizierungsarbeit in dieser
205 Hinsicht forcieren. Unsere Kampagnen müssen moderner, ansprechender und interaktiver
206 werden. Wir wollen mehr Menschen einbeziehen und neue Aktionsformen erproben.

207 In einigen ländlichen Gebieten können unsere bisherigen Parteistrukturen kaum mehr
208 aufrechterhalten werden. Um neue Impulse für unsere Kampagnenfähigkeit zu schaffen
209 und unsere Mitglieder vor Ort zu motivieren, werden wir modellhaft ein Angebot in
210 einzelnen Kreisverbänden schaffen, das durch Mandatsträger*innen unterstützt wird.

211 **Gleichgesinnte finden**

212 In der Vergangenheit haben wir die konstruktive Zusammenarbeit mit Gewerkschaften,
213 Vor- und Umfeld-Organisationen, wie z.B. AWO, Naturfreunde etc., oftmals
214 vernachlässigt. Auch die Zusammenarbeit und der Austausch auf Augenhöhe mit
215 Vertreter*innen und Interessensvertreter*innen von Jugendverbänden, Schüler-,
216 Auszubildenden- und Studierendenvertretungen müssen wir stärker in unsere Arbeit
217 miteinfließen lassen. Wenn wir eine lebendige Partei inmitten der Gesellschaft sein
218 wollen, müssen wir diese Kontakte wiederbeleben, intensivieren und nutzen. Es lohnt
219 sich, themenbezogene Bündnisse einzugehen. Das hat unsere Kampagne zu Gebührenfreien
220 KITAS gezeigt. Auch die Kirchen stehen uns näher, als viele glauben. Deshalb wollen
221 wir auch diese verstärkt bei Veranstaltungen einbeziehen.

222 **Zielgruppenarbeit ausbauen**

223 Wenn wir erfolgreich Politik machen wollen, müssen wir uns auf die Zielgruppen
224 konzentrieren und diese gezielt ansprechen. Dabei unterstützen uns die
225 Arbeitsgemeinschaften mit ihrer Expertise. Darüber hinaus wollen wir unsere
226 Zielgruppenarbeit im Zusammenspiel mit den verschiedenen Ebenen unserer Partei weiter
227 professionalisieren.

228 **Zukunft leben**

229 *„Die Grünen sind wie Wochenmarkt und Latte Macchiato, die SPD wie Goldene Hochzeit*
230 *und Kegelbahn.“* Dieser Satz aus der Analyse der Landtagswahl spiegelt ein weit
231 verbreitetes Gefühl zur SPD nicht nur auf Landesebene wider. Bereits jetzt
232 fusionieren bei uns beide "Lebensgefühle" – den daraus entspringenden, SPD-eigenen
233 Charme können wir für uns nutzen und ausbauen. Wir wollen die Stärken, die sich aus
234 den traditionsreichen, verwurzelten Parteistrukturen ergeben, nutzen, und uns
235 gleichzeitig dort weiterentwickeln, wo eine Modernisierung dringend notwendig und
236 zeitgemäß wäre. Neben den bereits begonnenen Anstrengungen in der digitalen Arbeit
237 und der Förderung von Frauen und jungen Mitgliedern, bedeutet dies auch, uns in der
238 Außenwirkung des Landesverbands modernisieren. Konkret wollen wir auch in der
239 Landesgeschäftsstelle verstärkt eine Kultur der Wertschätzung der bereits im Haus
240 vorhandenen Stärken fördern und gleichzeitig Platz für neue Ideen schaffen.

241 **ERFOLGREICH AUF ALLEN EBENEN**

242 **Kommunale Chancen nutzen – Frauen fördern**

243 Auch in diesem Jahr haben viele - häufig sehr junge Sozialdemokrat*innen -
244 Bürgermeister-wahlen gewonnen oder die Wiederwahl erfolgreich bestritten. Dem Ziel
245 „Mehr Rote Rathäuser“ sind wir einen Schritt nähergekommen. Um die
246 Gestaltungsmöglichkeiten in den Rathäusern unseres Landes künftig noch besser nutzen
247 zu können, braucht es mehr Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Spitze der
248 Verwaltung in unseren Rathäusern. Wir wollen weiterhin geeignete Persönlichkeiten für
249 diese Ämter begeistern. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Gewinnung
250 weiblicher Bewerberinnen.

251 Wir wollen in enger Kooperation mit der SGK und unter Einbeziehung der regionalen
252 Ebene eine vorausschauende und langfristig angelegte Strategie für
253 Oberbürgermeister*innen- und Bürgermeister*innen-Wahlen im Rahmen der
254 organisationspolitischen Kommission entwickeln. Erste Schritte sollen bei der Klausur
255 des Landesvorstands im November 2021 eingeleitet werden. Die Landesgeschäftsstelle
256 steht den örtlichen Parteigliederungen, den Fraktionen und den an einer Bewerbung
257 Interessierten beratend zur Seite.

258 **Dem Nachwuchs eine Chance**

259 Unser Nachwuchsförderprogramm ‚Talentwerkstatt - 10 unter 35‘, mit dem wir junge und
260 engagierte Mitglieder aktiv und gezielt fördern und ihnen Unterstützung und Hilfe
261 geben wollen, statt sie als Konkurrenz wahrzunehmen, ist 2020 gestartet. Der
262 Landesvorstand prüft, ob auf Antrag Stipendien für Mitglieder vergeben werden können,
263 um die Kurse der Partischule zu finanzieren. Die gezielte Personalentwicklung ist ein
264 wichtiger Baustein für die Erneuerung der SPD in Baden-Württemberg. Corona-bedingt
265 konnte der Praxisteil noch nicht von allen Teilnehmer*innen abgeschlossen werden. Im
266 Anschluss daran werden wir das Programm evaluieren und weiterentwickeln.

Antrag AS 02: Anspruch auf bezahlte Menstruationsfreistellung

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	KV Heidelberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

- 1 Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung
- 2 für 1-3 Tage pro Monat bei Menstruationsbeschwerden menstruierender
- 3 Arbeitnehmer*innen auszusprechen. Damit leisten wir wir einen Beitrag zur
- 4 Enttabuisierung und Entstigmatisierung der Menstruation.
- 5 Voraussetzung des Anspruchs auf Entgeltfortzahlung bei Menstruationsbeschwerden ist
- 6 ein jährlich ausgestelltes ärztliches Attest, das eine Menstruation der Beschäftigten
- 7 und Beschwerden im Zusammenhang mit der Menstruation attestiert. Darunter sind alle
- 8 körperlichen und psychischen Belastungen zu verstehen, unter denen menstruierende
- 9 Personen aufgrund ihrer Menstruationszyklen leiden können. Diese Belastungen können
- 10 unter anderem umfassen: Bauchkrämpfe, Gelenkschmerzen, insbesondere eine
- 11 Ausstrahlung der Schmerzen in Beine und Rücken, Verdauungsbeschwerden, Übelkeit,
- 12 Schwindel, Kreislaufprobleme, Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, depressive
- 13 Verstimmungen, Konzentrationsstörungen, Schlaflosigkeit und Müdigkeit.
- 14 Da Menstruationsbeschwerden sehr individuell sind, stellen wir nicht auf eine
- 15 einheitliche Lösung ab und fordern keine automatische Verpflichtung der
- 16 Inanspruchnahme der Menstruationsfreistellung durch menstruierende Beschäftigte.
- 17 Vielmehr soll der Anspruch für 1-3 Tage pro Monat durch die Betroffenen freiwillig
- 18 durch Mitteilung gegenüber ihren Arbeitgeber*innen geltend gemacht werden können.
- 19 Eine menstruierende Person, die ihr zustehende Tage nicht in Anspruch nimmt, soll
- 20 keine Ausgleichszahlung beanspruchen können, da durch diese ein falscher finanzieller
- 21 Anreiz auf Nichtinanspruchnahme der freien Tage gesetzt würde. Auch nicht-
- 22 menstruierende Personen können keine Ausgleichszahlungen verlangen, da es sich bei
- 23 der Menstruationsfreistellung nicht um eine Bevorteilung menstruierender
- 24 Arbeitnehmer*innen handelt.
- 25 Der Menstruationsfreistellungsanspruch steht als weiterer Anspruch neben der
- 26 Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit. Er gibt damit Betroffenen ein Wahlrecht, ob sie
- 27 die Menstruationsfreistellung wählen und sich ein jährliches Attest ausstellen lassen
- 28 oder in jedem einzelnen Fall von einer Krankmeldung und
- 29 Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ohne Angabe eines Grundes Gebrauch machen.
- 30 Wir positionieren uns weiterhin dahingehend, dass wir die Frage nach einer möglichen
- 31 oder geplanten Inanspruchnahme der Menstruationsfreistellung als eine im
- 32 Bewerbungsgespräch unzulässige Frage ansehen, die im Bwerbungsprozess ein Recht zur

33 Lüge gibt.

Antrag AS 03: Gebärdensprache bei Bundes- und Landespressekonferenzen

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

- 1 Wir fordern die Bundes- und Landespressekonferenz und die Pressestellen der Landes-
- 2 und Bundesregierung dazu auf, bei allen Pressekonferenzen eine:n
- 3 Gebärdensprachübersetzer:in zur Seite zu stellen. Es muss gewährleistet sein, dass bei TV-
- 4 oder Internetübertragungen ohne größeren Aufwand der oder die Übersetzer:in gut
- 5 sichtbar im Bild zu sehen ist.

Antrag AUS 02: Keinen Stopp der Luftbrücke aus Afghanistan

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	ASF Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

- 1 Wir fordern die Bundesregierung auf, auch nach der Beendigung der militärischen
- 2 Evakuierungsmaßnahmen aus Afghanistan, ihre diplomatischen Bemühungen fortzusetzen
- 3 und zu verstärken, um die besonders gefährdeten Frauen und Ortskräfte aus dem Land
- 4 mit einer weiteren Luftbrücke gerettet werden.

Antrag Ini 01: Neuer Aufbruch in Land und Bund – mit Geschlossenheit, Tatkraft und voller Motivation

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in Fassung der AK
Sachgebiet:	Ini - Initiativ-Anträge

- 1 Wir haben die Bundestagswahl 2021 gewonnen. Das vierte Mal nach 1972, 1998 und 2002
2 stellen wir die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Das ist historisch. Und
3 zeigt: Die Menschen im Land trauen uns wieder zu, die richtigen Antworten auf die
4 Herausforderungen der Zukunft zu haben.
- 5 Es waren drei Faktoren, die unseren Erfolg ausmachen:
- 6 Unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz haben die Menschen sehr früh vertraut. Er
7 konnte als Finanzminister entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der
8 Pandemie durchsetzen. Mit seinem jahrelangen Einsatz für eine internationale
9 Besteuerung von Großunternehmen und seinem zupackenden Vorgehen bei der Bekämpfung
10 der Folgen der Starkregen-Katastrophe hat er bewiesen, unser Land unaufgeregt und
11 erfolgreich führen zu können.
- 12 Wir haben uns trotz der bis Juli schlechten Umfragen nicht nervös machen lassen. Die
13 Fraktions- und Parteiführung lebt eine lange nicht gekannte Geschlossenheit vor, die
14 in der gesamten Partei auf große Zustimmung trifft. An diese Geschlossenheit wollen
15 wir anknüpfen und weiter unseren Teil dazu beitragen.
- 16 Eine Gesellschaft des Respekts, die industrielle Modernisierung unseres Landes, das
17 Aufhalten des menschengemachten Klimawandels und ein souveränes Europa sind unsere
18 zentralen Themen. Wir reagieren auf diese Herausforderungen mit konkreten Maßnahmen:
19 die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 €, der Bau von jährlich 400.000 € Wohnungen und
20 eine stabile Rente. Respekt war die zentrale Leitlinie unseres Wahlkampfes und wird
21 auch künftig die zentrale Leitlinie bei der Umsetzung dieser Vorhaben in einer von
22 uns geführten Bundesregierung sein.
- 23 Mit unserer neuen Landesgruppe haben wir eine starke Stimme aus Baden-Württemberg in
24 Berlin. In der neuen Wahlperiode ist unsere Landesgruppe so vielfältig wie nie: acht
25 unserer 22 Mitglieder haben eine Migrationsgeschichte, fünf sind über 60, fünf noch
26 im Juso-Alter, alle mit unterschiedlichen beruflichen Erfahrungen. Damit spiegeln wir
27 die Gesellschaft in unserem Land wider. Durch die Vergrößerung unserer Landesgruppe
28 tragen wir dazu bei, dass die SPD in Baden-Württemberg wieder in der Fläche
29 sichtbar wird, in der Stadt und auf dem Land. Wir sind in weiten Teilen des Landes
30 für die Bürger*innen direkt ansprechbar. Wir freuen uns über das wieder gewonnene
31 Direktmandat in Mannheim. Dieser Erfolg motiviert uns, neue Mitglieder und wieder
32 mehr Direktmandate zu gewinnen.

33 Die besonderen Interessen und Herausforderungen Baden-Württembergs wollen wir in der
34 künftigen Bundesregierung vertreten. Die industrielle Modernisierung spielt für unser
35 Land eine besondere Rolle. Hinzu kommt ein immer stärker werdender
36 Dienstleistungssektor. Es geht um die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die
37 Verbesserung von Arbeitsbedingungen. Wichtiger Baustein dafür ist die Abschaffung
38 sachgrundloser Befristungen. Die Veränderung in der Arbeitswelt ist gerade in unserem
39 Bundesland besonders rasant. Wir wollen eine Weiterbildungsrepublik errichten, die
40 für die Arbeitswelt von Morgen qualifiziert. Zentrale Säule auf diesem Weg ist eine
41 umfassende BAföG-Reform. Wir stehen für einen aktiven Staat, der Beschäftigung
42 sichert und Fachkräfte für eine starke Wirtschaft im Land gewinnt. Wichtiges Element
43 ist dabei die Einführung einer Ausbildungsgarantie. Beim Ausbau der digitalen
44 Infrastruktur ist noch mehr Unterstützung vom Bund notwendig.

45 Um eine klimaneutrale Wirtschaft auf dem Pfad zum Pariser 1,5-Grad-Ziels zu schaffen,
46 brauchen wir mehr Strom aus erneuerbaren Energien. Im Vergleich zu anderen
47 Bundesländern hinkt Baden-Württemberg beim Ausbau von Wind- und Solarenergie
48 hinterher und produziert immer weniger Strom im Land selbst. Durch ein enges
49 Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen, gerade bei der
50 Verfahrensbeschleunigung, muss die Energiewende schneller und entschiedener
51 vorangetrieben werden. Idealerweise ist für uns ein Kohleausstieg bis spätestens
52 2030.

53 Das Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern muss nicht nur bei der Klima- und
54 Bildungspolitik wieder klarer geregelt werden. Der Föderalismus ist ein Vorteil
55 gegenüber vielen anderen zentralistischen Staaten. Wir wollen, dass dieser Vorteil
56 wieder mehr Schlagkraft entfalten kann und nicht als Bremsklotz wahrgenommen wird.

57 Das nun vorliegende Sondierungspapier sehen wir als gute Grundlage für eine neue SPD-
58 geführte Bundesregierung. Wir unterstützen Koalitionsverhandlungen mit Grünen und
59 FDP. Während der Koalitionsverhandlungen, aber auch nach Einsetzung der neuen
60 Bundesregierung kann eine vorausschauende Einbindung des Parteikonvents eine wichtige
61 Beteiligung der Partei ermöglichen. Wir als Landesverband werden nach Abschluss der
62 Koalitionsverhandlungen geeignete Formate für die Mitgliederbeteiligung anbieten. Wir
63 wollen schwierige Debatten intern diskutieren und nach außen geschlossen auftreten.

64 Mit dem Rückenwind aus der Bundestagswahl gelingt ein Signal des Aufbruchs auch hier
65 im Land. Die Menschen in Baden-Württemberg wollen Veränderung und haben verstanden,
66 dass es diese nicht unter einer grün-schwarzen Landesregierung geben kann. Die grün-
67 schwarze Landesregierung verliert deutlich an Zuspruch, während eine
68 Fortschrittskoalition aus SPD, Grünen und FDP seit der Landtagswahl an Zustimmung
69 gewonnen hat. Wir trauern dem Nein von Ministerpräsident Winfried Kretschmann zu mehr
70 Fortschritt im Land nicht nach, sondern setzen uns voller Tatkraft in der Opposition
71 dafür ein, das Land voranzubringen. Nur den Stillstand zu kritisieren, hilft nicht
72 weiter.

73 Die Menschen in Baden-Württemberg haben große Erwartungen an die SPD. Wir sind uns
74 dieser Verantwortung bewusst und wollen ihr gerecht werden. Für die SPD Baden-
75 Württemberg ist das neu gewonnen Vertrauen ein klarer Auftrag, sich weiter

76 einzusetzen für mehr bezahlbaren Wohnraum, Investitionen in gute Bildung, faire Löhne
77 und Klimaschutz. Wir werden das konstruktiv, geschlossen und motiviert tun und für
78 sozialen Ausgleich sorgen, wo dies notwendig ist.

79 Der Aufschwung gibt der SPD Baden-Württemberg jetzt die Chance, tatsächlich einen
80 Aufbruch zustande zu bringen. Hierzu haben wir für das kommende Jahr ein
81 ambitioniertes Arbeitsprogramm vorgelegt.

82 Wir werden unsere Kräfte auf Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit
83 konzentrieren und den Menschen eine gute Zukunftsperspektive bieten. Als stärkste
84 Oppositionsfraktion wollen wir dieses Land voranbringen. Denn Grün-Schwarz wird weder
85 die Kraft noch die Motivation für die Erneuerung aufbringen, die in Baden-Württemberg
86 notwendig ist.

Antrag IR 02: Was bedeutet die Pandemie für queeres Leben? – Bestandsaufnahme und ein Forderungskatalog nach eineinhalb Jahren Coronapolitik

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	Landesvorstand, SPDqueer Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Die Corona-Pandemie ist ein Stresstest für die ganze Gesellschaft. Im zweiten
2 Pandemiejahr wird immer deutlicher, dass uns das Coronavirus auch in Zukunft
3 begleiten wird. Insbesondere durch Impfungen wird zwar vermutlich eine weitestgehende
4 Rückkehr zur Normalität möglich, doch ist fraglich, was diese „Normalität“ ist und ob
5 für alle Menschen eine Rückkehr zu *ihrer* Normalität möglich ist. Die Pandemie und die
6 Maßnahmen, die getroffen worden sind, um diese einzudämmen, hatten Auswirkungen auf
7 alle Bereiche des Lebens. Diese Auswirkungen waren teilweise so gravierend, dass
8 viele Menschen in ihrer Existenz bedroht sind. So wären viele Unternehmen und
9 insbesondere Gastronomie- und Kulturbetriebe ohne staatliche Hilfen nicht
10 überlebensfähig gewesen.

11 Aus dem Blick geraten sind dabei jedoch immer wieder Belange von Menschen, die im
12 öffentlichen Diskurs unterrepräsentiert sind. Menschen, die ohnehin für
13 Repräsentation und gegen Diskriminierung durch die so genannte Mehrheitsgesellschaft
14 kämpfen müssen, konnten leicht übersehen werden. Dazu gehören auch queere Menschen.
15 Queer bezeichnet dabei Personen, Handlungen oder Dinge, die durch den Ausdruck einer
16 sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität von der gesellschaftlichen
17 Cisgender-Heteronormativität^[1] abweichen.

18 Auch in Baden-Württemberg sind queere Menschen aus dem Blick geraten, die
19 Landesregierung hat sich in Zeiten der Pandemie nicht ausreichend um sie gekümmert
20 und das nicht nur in Bezug auf die zahlreichen Corona-Verordnungen, von denen später
21 noch die Rede sein wird. Queere Menschen waren häufig schlicht nicht mitgedacht und
22 auch nicht mitgemeint. Das muss sich ändern.

23 Queere Menschen finden sich dabei in allen gesellschaftlichen Strukturen: Sie sind
24 arm und reich, leben in der Stadt oder auf dem Land, sind weiß oder of color^[2],
25 haben die deutsche Staatsbürgerschaft, sind Migrant*innen oder begehren hier Asyl,
26 haben Kinder oder nicht. Sie sind also keine homogene Gruppe.

27 Die Pandemie hatte massive Auswirkungen auf queeres Leben, das in den letzten
28 eineinhalb Jahren in Baden-Württemberg weitestgehend brachlag. Die Sichtbarkeit
29 queerer Menschen und ihrer Belange fehlte in allen Bereichen: Austausch, Hilfe,
30 Beratung oder einfach nur eine Unterhaltung waren kaum möglich bzw. mussten online
31 stattfinden. Diese Sichtbarkeit ist jedoch essenziell, damit queeres Leben überhaupt

32 erlebt werden kann und damit queere Menschen im öffentlichen Diskurs wahrgenommen und

33 ihre Belange auch gehört werden. Auch deshalb sind Christopher Street Days (CSDs) so
34 wichtig und notwendig, da sie dazu dienen, auf die politischen Anliegen queerer
35 Menschen aufmerksam zu machen.

36 Als queeres Leben während der Lockdowns völlig brachlag, bedeutete dies: Es fanden
37 keine queeren Stammtische, keine Kneipen-Abende, keine Beratungsangebote statt. Es
38 gab keine Möglichkeit, sich in so genannten safe spaces (sicheren/geschützten Räumen,
39 Anm. der Red.) zurückzuziehen, in denen die eigene Identität nicht als Abweichung von
40 gesellschaftlichen Normen verstanden wird. Sicherlich galt dies genauso für alle
41 anderen, die von Kneipenschließungen u.a. betroffen waren und sich nicht so
42 austauschen konnten wie sonst. Aber – und dies macht den entscheidenden Unterschied
43 aus – queere Menschen brauchen diese Räume, um so sein zu können, wie sie sind, um
44 sich frei von Angst vor Diskriminierung und Gewalt austauschen und unter
45 Gleichgesinnten treffen zu können. Denn eins darf nicht vergessen werden: Queere
46 Menschen sind noch immer häufig von Diskriminierung betroffen, egal ob am
47 Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit oder - gerade bei trans* Personen - in der
48 eigenen Familie. Dabei macht die Gewalt auch nicht vor Symbolen der Community halt,
49 wie das Verbrennen der Regenbogenfahne Ende Juli am Kulturkiosk mitten in Stuttgart
50 gezeigt hat.

51 Die Pandemie hat queere Menschen besonders betroffen, wozu inzwischen erste Studien
52 und Auswertungen z.B. von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld vorliegen^[3]. In
53 diesem Zusammenhang muss noch einmal erwähnt werden, dass LSBTIQA* keine homogene
54 Gruppe sind. Deshalb sind auch ihre Diskriminierungserfahrungen und damit auch, wie
55 sie Corona erleben und wie sich die Pandemie auf ihren Alltag auswirkt, verschieden.

56 Als SPD Baden-Württemberg sind wir davon überzeugt, dass es nun an der Zeit ist,
57 aufzuarbeiten, welche Leerstellen sich in der Coronapolitik mit Blick auf queere
58 Menschen finden und was daraus für die Zukunft zu lernen ist.

59 1. Sichtbarkeit zählt

60 Die stetigen Anpassungen der Coronaverordnungen haben gezeigt, dass immer wieder
61 Menschen oder Gruppen vergessen wurden. Evident wurde dies zu Weihnachten 2020, als
62 das Zusammenkommen mit der so genannten Wahlfamilie unmöglich war und sich Menschen
63 nicht mit ihren Liebsten, mit denen sie nicht verwandt waren, treffen konnten.

64 Freundschaften als Wahl- und Ersatzfamilie sind für queere Menschen – auch bedingt
65 durch die häufige Diskriminierung in der Herkunftsfamilie – essenziell und
66 überlebenswichtig. Definitionen von Familie bezogen sich deutschlandweit in mehreren
67 Fällen lediglich auf Heteronormativität und biologische Verwandtschaft. So gab es bei
68 den Kontaktbeschränkungen zu Weihnachten in allen Bundesländern außer Berlin,
69 Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen Ausnahmeregelungen nur für den
70 engsten Familienkreis und Verwandte in gerader Linie. Der baden-württembergische
71 Lesben- und Schwulenverband Deutschland e.V. (LSVD) kritisierte, dass laut
72 Landesregierung nur leibliche Verwandte als wichtigste Bezugsperson galten und hatte

73 darum gebeten, die Regelung schnellstmöglich zu ändern, da auch Mitglieder von
74 Wahlfamilien nicht alle am selben Ort wohnen und zudem z.B. Konstellationen in
75 Regenbogenfamilien mit dieser Regelung nur unzureichend berücksichtigt wurden. Der
76 LSVD hätte eine einfache Formulierung wie „maximal fünf Personen aus beliebig vielen
77 Haushalten plus Kinder unter 14 Jahren zu privaten Zusammenkünften“ begrüßt. Die
78 Intervention beim zuständigen Staatsministerium hatte jedoch damals keinen Erfolg.
79 Mit der erwähnten Formulierung wäre jedoch auch breiteren Regenbogenfamilien-
80 Konstellationen Rechnung getragen worden.

81 Die Schilderung der Problematik der Coronaverordnungen macht deutlich, dass es nicht
82 reicht, queere Menschen ‚mitzumeinen‘, sondern dass sie auch ‚mitgedacht‘ werden
83 müssen.

84 • Die SPD Baden-Württemberg fordert daher, in künftigen Corona-Verordnungen auch
85 die Belange von queeren Menschen, insbesondere den Aspekt der Wahlfamilie,
86 entsprechend zu berücksichtigen. Regelungen in Verordnungen müssen so getroffen
87 werden, dass alle mitgedacht sind. Dazu gehören einfache Formulierungen, die
88 alle Menschen gleichermaßen betreffen und die nicht das heteronormative
89 Familienbild einseitig bevorzugen.

90 2. Gesellschaftliche Vielfalt stärken

91 Vielfalt macht unsere Gesellschaft aus. Sie muss erhalten werden! Allerdings wird
92 Vielfalt aktuell zunehmend bedroht, das gesamtgesellschaftliche Klima hat sich durch
93 die Pandemie sogar verschlechtert. Dies manifestiert sich u.a. darin, dass in den
94 Innenstädten allgemein und speziell queere Menschen eine aggressive und gewalttätige
95 Stimmung wahrnehmen. Dass diese Stimmung vermehrt in tatsächliche Bedrohungsszenarien

96 und Gewalt umschlägt, zeigen Fälle von Angriffen auf Schwule in Parks in Mannheim,
97 von denen der LSVD jüngst berichtete. Hier werden wir Konzepte vorstellen, die den
98 öffentlichen Raum für alle erlebbar und sicher machen, auch für Menschen der
99 Community. Wenn queere Menschen sich treffen wollen, dann natürlich auch draußen.

100 Eines der Hauptprobleme der Corona-Krise ist, dass die Kontaktbeschränkungen und die
101 Lockdowns Diskriminierung und Marginalisierung Vorschub geleistet haben, d.h. dass im
102 Fall von Straftaten eine Verfolgung oder auch nur Erfassung meist nicht möglich war
103 oder ist. Angesichts der größeren Probleme werden viele, die in dieser Zeit Opfer von
104 Diskriminierung geworden sind, dies nicht anzeigen oder öffentlich machen. Teil der
105 Wahrheit ist zwar, dass die registrierte Kriminalität allgemein und insbesondere auch
106 (Gewalt-)Kriminalität gegen queere Menschen während des Lockdowns zurückgegangen ist.
107 Verbreitet wird aber angenommen, dass durch die Verlagerung des Lebens in private
108 Räume auch mehr Straftaten im Dunkelfeld bleiben, d.h. nicht registriert werden.

109 Dies gilt insofern besonders für queere Menschen, als der private Raum kein sicherer
110 Ort ist, zumal wenn sie auf die Herkunftsfamilie zurückgeworfen sind. Dies liegt
111 daran, dass nicht jede*r das Glück hat, Eltern zu haben, die eine*n so akzeptieren,
112 wie man ist. Außerdem wurden während des Lockdowns innerfamiliäre Konflikte häufig

113 noch intensiviert. In einer Studie des Deutschen Jugendinstituts berichteten fast 50
114 Prozent aller LSBTIQA*-Jugendlichen von Diskriminierungserfahrungen innerhalb der
115 eigenen Familie. Das Zuhause, das während der verschiedenen Pandemie-Wellen kaum
116 verlassen werden durfte, ist für viele queere Jugendliche schon allein deshalb, weil
117 sie sind, wer sie sind, weil sie lieben, wen sie lieben, ein unsicherer Ort.
118 Hinzu kommt: Das Internet, das persönliche Umfeld, die Familienverhältnisse und die
119 Arbeitssituation waren während der Krise nicht ausgesetzt oder verändert – im
120 Gegenteil, generell sind wir pandemiebedingt mit einem Anstieg häuslicher Gewalt
121 konfrontiert.^[4] Auch bei queeren Menschen haben Diskriminierungen innerhalb der
122 eigenen Familie zugenommen. Ein Beispiel hierfür ist die Situation von Jugendlichen,
123 die Zuhause häufig Konflikten ausgesetzt sind. Einer Studie von anyway Köln zufolge
124 fühlt sich mehr als die Hälfte der schwulen, lesbischen, bisexuellen und trans*
125 Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die Corona-Krise und Social Distancing
126 stark oder sehr stark belastet.^[5] Das ergab eine Onlinebefragung mit knapp 300
127 Teilnehmer*innen. Darüber hinaus wirken sich die physische Schließung der LSBTIQA*-
128 Jugendangebote, der Wegfall realer Kontakte im Freundeskreis, die Kontaktsperre zu
129 Partner*innen sowie die Ungewissheit über die gesundheitliche Versorgung während der
130 Transition negativ auf die psychische Situation der Befragten aus.

131 a) Schutzbedürftige Geflüchtete

132 In einer besonders kritischen psychischen Situation befinden sich viele queere
133 Geflüchtete: Sie haben – oft unter großem Risiko – ihre Heimat verlassen, um hier
134 Asyl zu suchen und waren durch die Lockdowns in den Sammelunterkünften allein
135 gelassen. Dies führte dazu, dass sie überhaupt keine Ansprache z.B. von
136 Sozialarbeiter*innen hatten. Des Weiteren fühlen sich viele queere Geflüchtete in
137 ihren Unterkünften nicht sicher. Einige hatten z.B. dem Netzwerk LSBTTIQ gar davon
138 berichtet, sich in ihren Zimmern zu verbarrikadieren, um nachts schlafen zu können,
139 da sie Angst haben, belästigt zu werden. Für sie muss unbedingt ein Mindestmaß an
140 persönlicher Interaktion dauerhaft gewährleistet werden.

- 141 • Queere Geflüchtete brauchen im Asylverfahren eine besondere Beratung durch
142 hierfür geschultes und für die besonderen Problemlagen sensibilisiertes
143 Personal. Deshalb benötigen wir ein Konzept für die Beratung und Betreuung
144 queerer Geflüchteter, das rechtliche, aber auch psychologische Unterstützung
145 umfasst.
- 146 • Darüber hinaus erleben queere Geflüchtete häufig vielfältige Formen von
147 Diskriminierungen in Sammelunterkünften. Deshalb fordert die SPD Baden-
148 Württemberg, dass queere Geflüchtete in Sammelunterkünften für queere Menschen
149 untergebracht werden, wie dies z.B. bereits in Tübingen praktiziert wird mit der
150 Einzelunterkunft für Frauen und Kinder bzw. besonders Schutzbedürftige. Hier
151 sollten auch queere Geflüchtete aufgenommen werden.

152 b) Gesellschaftliche Vielfalt – queere Jugendarbeit u.a.

153 Das Problem mit dem bereits erwähnten Familienbild besteht auch weiterhin, weil es
154 vom Sprachgebrauch, also damit auch juristischer Sprache, abhängig ist. Eine
155 Beschränkung auf die heterosexuelle Kernfamilie ignoriert sowohl das Vorkommen

156 häuslicher Gewalt, als auch die mitunter schlimmen Diskriminierungserfahrungen, die
157 queere Menschen in ihren Herkunftsfamilien machen müssen. Freundschaften als Wahl-
158 und Ersatzfamilie sind daher – wie bereits erwähnt – für LSBTIQA* essenziell und
159 überlebenswichtig.

160 Vielfalt macht unsere Gesellschaft aus. Sie muss erhalten werden! Dazu gehören
161 insbesondere auch Orte, an denen Vielfalt gelebt wird. Was deren Wegfall bedeutet,
162 wurde bereits unter dem Abschnitt „Gesellschaftliche Vielfalt stärken“ erklärt.
163 Deshalb werden wir die vielfältigen Orte innerhalb der Community erhalten und
164 stärken. Kulturelle und soziale Angebote der Community sollen deshalb auch unabhängig
165 von der Pandemie noch großzügiger gefördert werden. Wie bedroht viele Angebote u.a.
166 der queeren Jugendarbeit durch die Pandemie und die Lockdowns sind und waren, hat
167 auch die Veranstaltung Ende Juli deutlich gezeigt. Dort war u.a. darüber berichtet
168 worden, wie schwerwiegend der Wegfall von psychosozialen Beratungsangeboten gerade
169 für trans* Personen ist, aber auch für queere Menschen allgemein.

170 Bei trans* Personen hat sich die ohnehin meist schwierige Situation durch die
171 Lockdowns dramatisch verschlechtert. So haben viele trans* Personen von ihrer Angst
172 vor einem Jobverlust berichtet. Einige haben gar ihren Arbeitsplatz verloren. Des
173 Weiteren standen sie vor immensen Schwierigkeiten, ihre für sie lebenswichtige
174 Hormontherapie fortzuführen und sich die Hormone zu beschaffen. Den Mitarbeitenden im
175 Beratungszentrum Weißenburg e.V. wurde von teilweise problematischen Wegen berichtet,
176 wie die Hormone besorgt wurden, da diese durch den Lockdown nicht einfach bei den
177 zuständigen Ärzt*innen auf Rezept besorgt werden konnten. Auch das Doppelleben, das
178 trans* Personen oftmals führen, die z.B. bei der Arbeit geoutet sind, aber in der
179 Familie ihre bisherige Rolle als Vater/Mutter einnehmen, belastet diese stark. Dies
180 geht sogar so weit, dass sich bei manchen trans* Personen ohnehin schon vorhandene
181 psychische Erkrankungen wie Depressionen verschlimmerten. Diese Beobachtungen werden
182 auch durch die Studie transcarecovid bestätigt, die zwar noch nicht abgeschlossen
183 ist, zu der aber schon erste Ergebnisse vorliegen.[\[6\]](#)

184 Auch bei queeren Jugendlichen haben die Lockdowns zu einer deutlichen
185 Verschlechterung ihrer allgemeinen Situation geführt. Isabelle Melcher, TTI-Beraterin
186 [\[7\]](#) in Ulm, berichtete im Rahmen der Veranstaltung, dass sich gerade affektiv-
187 depressive Störungen verstärkt sowie Suizidversuche unter Jugendlichen zugenommen
188 hätten. Dies liegt insbesondere auch an dem bereits erwähnten Umstand, dass für
189 queere Jugendliche das eigene Zuhause, indem sie so viel Zeit verbringen mussten, oft
190 kein sicherer Ort ist und der einzige Ort, an dem sie sich angenommen und gehört
191 fühlen, durch den Lockdown weggefallen ist. Dabei muss festgehalten werden, dass es
192 zwar Angebote zur online-Beratung gab, diese jedoch nicht das persönliche Gespräch
193 ersetzen konnten.

194 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 195 • Bund, Länder und Kommunen müssen Safe Spaces und Infrastrukturen von queerem
196 Leben, wie Beratungsstellen, Jugendzentren, Orte queeren Nacht- und Kulturlebens
197 aber auch Verbände und Vereine finanziell absichern.
- 198 • Angebote für queere Jugendarbeit müssen selbstverständlicher Teil der

- 199 Jugendarbeit sein und entsprechend bei der Finanzierung angemessen
200 berücksichtigt werden.
- 201 • Wie bereits in Nordrhein-Westfalen soll queere Jugendarbeit auch in Baden-
202 Württemberg zunehmend professionalisiert werden, d.h. auch hauptamtliche
203 Mitarbeiter*innen sollen in der queeren Jugendarbeit tätig sein. Wir fordern
204 daher die Einrichtung einer ‚Fachstelle Queere Jugend BW‘, analog zur 2014 unter
205 der rot-grünen Landesregierung entstandenen ‚Fachstelle Queere Jugend NRW‘.
206 Durch diese sind viele neue Anlaufstellen für queere Menschen entstanden und an
207 vielen Orten konnten zusätzliche hauptamtliche Stellen für pädagogische
208 Fachkräfte etabliert werden.
 - 209 • Auch im ländlichen Raum braucht es Strukturen für Angebote für queere Menschen.
210 Durch die Entstehung einer ‚Fachstelle Queere Jugend‘ könnten derlei Strukturen
211 auch im ländlichen Raum besser flächendeckend umgesetzt werden und die Kommunen
212 könnten dazu befähigt werden, vor Ort Beratungsangebote aufzubauen.
 - 213 • Dazu gehört auch, dass die LSBTIQA*-Beratung Bestandteil der allgemeinen
214 psychosozialen Beratung werden muss. Nur dann können entsprechend geschulte bzw.
215 ausgebildete psychologische Fachkräfte beschäftigt werden.
 - 216 • Bei psychosozialen Beratungsangeboten werden wir noch stärker auf die
217 spezifische Lage von trans* Menschen eingehen und ihre spezifischen Bedürfnisse
218 berücksichtigen, wie z.B. eine Möglichkeit, sich vor Ort umzuziehen sowie
219 gezielte Unterstützung/Beratung für den Umgang mit der Familie zu erhalten.

220 3. Gesundheit ist kein Luxus

221 Im Kontext der Pandemie ist die Gesundheitspolitik in den Fokus gerückt. Wir werden
222 dafür sorgen, dass die Funktionsfähigkeit und Gerechtigkeit unseres
223 Gesundheitssystems umfassend überprüft wird. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei
224 der Komplex Mental Health sein. Die prekäre Situation, in der sich Menschen befinden,
225 die Bedarf an Beratung im psychosozialen Bereich haben, darf nicht unverändert
226 bleiben. Neben einem quantitativen Ausbau des Angebots setzen wir uns insbesondere
227 auch für eine qualitative Vervielfältigung der Gesundheitsversorgung ein. Das Angebot
228 der psychischen Gesundheitsversorgung soll die Vielfalt der Bevölkerung
229 widerspiegeln. Queere Menschen leiden häufiger unter psychischen Problemen als nicht
230 queere Menschen, weil sie vielfältigen Formen von Diskriminierungen und teilweise
231 auch Gewalt ausgesetzt sind.

- 232 • Die SPD Baden-Württemberg fordert deshalb, dass Therapeut*innen für die
233 Problemlage besonders sensibilisiert werden, ohne ihr Gegenüber zu
234 pathologisieren, da die Ursachen häufig in der queere Menschen ablehnenden
235 Gesellschaft verortet sind.

236 4. Empfehlungen für die Bundesebene

237 Auf Bundesebene fordert die SPD Baden-Württemberg die Einsetzung einer
238 Expertenkommission der neuen Bundesregierung. Diese Expertenkommission soll alle
239 Erscheinungsformen von LSBTIQA*-Gewalt untersuchen, erfassen und die daraus folgenden
240 Handlungsempfehlungen in einen Nationalen Aktionsplan für Gleichstellung und
241 Akzeptanz einbetten.

242

243 [\[1\]](#) Cisgender-Heteronormativität: Das Adjektiv cisgender oder zisgender (von lat.
244 Cis- „diesseits“, und englisch gender „soziales Geschlecht“) bezeichnet die
245 Übereinstimmung von Geschlechtsidentität und dem Geschlecht, das einer Person bei der
246 Geburt zugewiesen wurde (ihrem Geburtsgeschlecht), meist beurteilt anhand sichtbarer
247 körperlicher Geschlechtsmerkmale.

248 [\[2\]](#) People of Color: Ein Begriff aus dem anglo-amerikanischen Raum, der jene
249 Individuen und Gruppen beschreibt, die vielfältigen Formen von Rassismus ausgesetzt
250 sind und die die gemeinsame, in vielen Variationen auftretende und ungleich erlebte
251 Erfahrung (teilen), aufgrund körperlicher und kultureller Fremdzuschreibungen der
252 weißen Mehrheitsgesellschaft als ‚anders‘ und ‚unzugehörig‘ definiert zu werden.

253 [\[3\]Neue Broschüre: Auswirkungen der Coronapandemie auf LSBTIQA+ \(mh-stiftung.de\)](#),
254 abgerufen am 12.8.2021

255 [\[4\]Häusliche Gewalt - Anstieg um 15 Prozent in der Corona-Pandemie](#)
256 [\(deutschlandfunk.de\)](#), abgerufen am 12.8.2021

257 [\[5\]LSBT*Q-Jugendliche durch Corona stark belastet | anyway \(anyway-koeln.de\)](#),
258 abgerufen am 11.8.2021

259 [\[6\]PowerPoint-Präsentation \(transcarecovid-19.com\)](#), abgerufen am 11.8.2021

260 [\[7\]](#) TTI-Beratung heißt Beratung zu Transsexualität, Transgender und Intersexualität.
261 Melcher ist aktiv im Verband für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*,
262 intersexuelle und queere Menschen in der Psychologie e.V..

Antrag IR 03: My name – my choice

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Es ist mittlerweile kein Geheimnis mehr: Das biologische Geschlecht und das soziale
2 Geschlecht sind nicht immer identisch. Es ist möglich, ein „drittes Geschlecht“ auf
3 den Ausweisdokumenten zu vermerken. Menschen fühlen sich seit Jahrhunderten
4 Geschlechtsidentitäten außerhalb der Mann-Frau-Binarität zugehörig oder leben ein
5 anderes Geschlecht als das, welches ihnen aufgrund ihrer primären Geschlechtsmerkmale
6 zugeschrieben wird (Muxe und Marimacha in Mexiko, Two-Spirit in den indigenen Völkern
7 Nordamerikas; James Barry, Lili Elbe...).

8 Das 1980 verabschiedete sogenannte Transsexuellengesetz anerkennt diese Tatsachen. Es
9 bildet seitdem die rechtliche Grundlage für eine Änderung des Vornamens und der
10 Geschlechtszugehörigkeit im Personenstandsregister. Dazu sind bis dato verpflichtend
11 zwei Gutachten nötig, die die trans* Identität bestätigen, sowie ein
12 Gerichtsverfahren, das bis zu einem Jahr dauern kann. Nicht nur entstehen der
13 betroffenen Person so hohe Kosten (Bearbeitungsgebühr und Gutachten), sondern dieser
14 Prozess ist auch psychologisch sehr belastend, ja entwürdigend. Für die Gutachten
15 muss die antragstellende Person intime Fragen über sich ergehen lassen und im Zuge
16 sogenannter Alltagstauglichkeitstests „beweisen“, dass sie sich im alltäglichen Leben
17 an überholten binären (Mann/Frau) Geschlechterstereotypen orientiert. Nach aktuellen
18 diagnostischen Kriterien sind diese intimen Fragen nicht ausschlaggebend. Die
19 Erfahrung zeigt, dass die Zwangsgutachten so gut wie immer positiv ausfallen (nur
20 unter 1% aller Gutachten verneinen die Transgeschlechtlichkeit): Kaum eine Person
21 nimmt dieses Verfahren auf sich, ohne sich ihrer Identität klar bewusst zu sein.

22 Seit der Verabschiedung des TSG hat sich die gesellschaftliche Aufklärung und
23 Toleranz in Bezug auf Transgeschlechtlichkeit deutlich weiterentwickelt. Daher ist es
24 nur konsequent, auch die Rechtslage für transgeschlechtliche Personen
25 weiterzuentwickeln und die Anerkennung ihrer Identität zu erleichtern.

26 Wir fordern also:

27 1. Die Abschaffung des „Gesetzes über die Änderung der Vornamen und die
28 Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen
29 (Transsexuellengesetz - TSG)“

30 2. Die Aufsetzung eines neues Selbstbestimmungsgesetzes unter folgenden
31 Gesichtspunkten:

- 32 • Das Verfahren für die Änderung des Vornamens und Geschlechtseintrags soll durch
33 eine Antragslösung vereinfacht werden und, wie beispielsweise die Änderung des

- 34 Nachnamens (NamÄndG), bei der zuständigen Verwaltungsbehörde liegen.
- 35 • Zwangsgutachten sollen nicht mehr notwendig sein, es ist lediglich ein
36 Beratungsnachweis von anerkannter Stelle vorzulegen.
- 37 3. Die Schaffung weiterer solcher Beratungsstellen für trans* Personen, die wie
38 Beratungsstellen für Jugendliche, Paare, Familien usw. in staatlicher Hand
39 liegen.
4. Hinarbeit auf eine einheitliche oder zumindest kompatible Gesetzgebung zur
Namensänderung auf EU-Ebene
- 40 5. Die Sensibilisierung für Diskriminierung gegen trans* Personen am Arbeitsplatz,
41 in Bildungseinrichtungen und in öffentlichen Einrichtungen, und die Ausbildung
von Ansprechpersonen und Beschwerdestellen für diese Thematik.

42

43

44

Antrag IR 04: Sicherheit – auch für die persönlichen Daten! Für mehr Verhältnismäßigkeit beim Einsatz der Telekommunikationsüberwachung!

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Begründung:

2 Technologische Entwicklungen verändern auch die Möglichkeiten der
3 Kriminalitätsbekämpfung. Dabei steht die Nutzung dieser Möglichkeiten zur Erhöhung
4 der Sicherheit oftmals im Konflikt mit der individuellen Freiheit der Bürger:innen.
5 Gerade auch durch die enge Anbindung von digitalen Endgeräten an unser privates Leben
6 und die große Menge an persönlichen Daten, die in ihnen gespeichert sind, ist höchste
7 Sensibilität bei der Nutzung von Methoden zur Telekommunikationsüberwachung geboten.

8 Im Rahmen der stärkeren Verbreitung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen,
9 beispielsweise durch Messenger wie Facebook, WhatsApp oder Telegram, verlor die
10 herkömmliche Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) an Effektivität. Stattdessen griff
11 man auf die Nutzung der Quellen-TKÜ zurück, welche laufende Kommunikation vor oder
12 nach der Verschlüsselung abgreift. Ein Zugriff auf gespeicherte Daten war hierbei
13 nicht möglich. Die Quellen-TKÜ muss anders als die herkömmliche TKÜ auf dem
14 entsprechenden Endgerät installiert werden, wozu aktiv Sicherheitslücken durch die
15 Sicherheitsbehörden genutzt werden. Daher stammt auch der Begriff des
16 „Staatstrojaners“.

17 Antrag:

18 Die große Koalition einigte sich zum Ende der laufenden Legislaturperiode auf eine
19 Reform des Bundespolizeigesetzes und des Verfassungsschutzrechts, die eine massive
20 Ausweitung der Kompetenz staatlicher Stellen bei der Überwachung von digitalen
21 Endgeräten vornahm. So bekamen alle Bundes- und Landesnachrichtendienste den Zugriff
22 auf die sogenannte „Quellen-TKÜ plus“, welche neben der Überwachung der laufenden
23 Kommunikation auch einen Zugriff auf gespeicherte Nachrichten und Mails ermöglicht.
24 Eine ähnliche Kompetenzerweiterung für die Bundespolizei wurde erst im Bundesrat
25 gestoppt.

26 Diesen Kompromiss lehnen wir ab.

27 Grundsätzlich sehen wir keinen Bedarf der Bundes- und Landesnachrichtendienste für
28 einen Einsatz der „Quellen-TKÜ plus“. Noch vehementer kritisieren wir die Möglichkeit
29 der Nachrichtendienste, diese ohne Zustimmung durch eine oder einen Richter:in
30 anzuwenden. Eine Zustimmung durch die G10-Kommission des Deutschen Bundestags halten
31 wir als Legitimation für einen so schwerwiegenden Eingriff in die persönliche

32 Freiheit nicht für ausreichend.

33 Begründung:

34 Generell lehnen wir das Instrument der „Quellen-TKÜ plus“ ab. Durch den Zugriff auf
35 gespeicherte Kommunikation in Ergänzung zur Abhörung der laufenden Kommunikation
36 verschwimmen die Grenzen zwischen der herkömmlichen Quellen-TKÜ und der Online-
37 Durchsuchung, für welche viel schwerwiegendere rechtliche Grundsätze und Hürden
38 existieren. Auch deswegen ist die Nutzung der „Quellen-TKÜ plus“ im Rahmen der
39 Strafprozessordnung Bestandteil mehrerer laufender Klagen vor dem
40 Bundesverfassungsgericht. Durch die Ausweitung der Nutzung der „Quellen-TKÜ plus“
41 trägt die Bundesregierung zudem potenziell verfassungswidriges Recht mit.

42 Die Effektivität dieser Maßnahme ist außerdem fraglich. Laut Recherchen des
43 Westdeutschen Rundfunks wurde die Quellen-TKÜ vom Bundeskriminalamt seit ihrer
44 Einführung nicht genutzt. Bereits heute haben Nachrichtendienste und Polizeibehörden
45 umfassende Berechtigungen, Daten, wie beispielsweise Standortdaten, zu sammeln, ohne
46 auf die konkrete Kommunikation zuzugreifen. Auch diese Daten sind dazu in der Lage,
47 beispielsweise extremistische Tendenzen oder Personenzusammenhänge zu erkennen. Statt
48 Daten in einem größeren Umfang zu sammeln, sollten Behörden viel mehr darauf
49 hinarbeiten, Daten effizienter für ihre Ermittlungen zu nutzen.

50 Zur Installation des „Staatstrojaners“ müssen Sicherheitsbehörden bestehende
51 Sicherheitslücken in IT-Systemen ausnutzen. Es besteht bei jeder entdeckten und nicht
52 gemeldeten Sicherheitslücke jedoch die Gefahr, dass diese durch Kriminelle genutzt
53 wird, um Systemen und Menschen zu schaden. Wir fordern ein staatlichen
54 Schwachstellenmanagement, bei welchem bekannte Schwachstellen erfasst und den
55 Betreiber:innen von IT-Systemen bekannt gemacht werden. Nur so kann ein großer
56 Schaden durch staatliche Aktivitäten für die Cybersicherheit vermieden werden.

57 Extremistische Anschläge der Vergangenheit und eine zunehmende gefühlte Unsicherheit
58 dürfen nicht zu einem Hinwegsetzen über die Freiheitsrechte jeder und jedes Einzelnen
59 missbraucht werden. Auch das erhoffte Sicherheitsgefühl, welches die Polizeibehörden
60 und Nachrichtendienste uns vermitteln wollen, kann schnell verfliegen, wenn die
61 Bürger:innen sich mit einer übermäßigen staatlichen Überwachung konfrontiert sehen.

Antrag IR 06: Allgemeines Vorkaufsrecht von Kommunen an bebauten und unbebauten Grundstücken und Wohnungen

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Zur Ordnung und zur Steuerung des Boden- und Wohnungsmarktes sowie zur Erleichterung
- 2 einer Bodenvorratspolitik setzt sich die SPD noch in dieser Legislaturperiode für die
- 3 Einräumung eines allgemeinen Vorkaufsrechts nach Verkehrswert durch Kommunen an
- 4 bebauten und unbebauten Grundstücken sowie Wohnungen auf Ihrem Gemeindegebiet ein.
- 5 Zur Ausübung des Vorkaufsrechts sind keine Gründe anzugeben. Vom Gesetzgeber sind
- 6 Regelungen zu treffen, die es rechtfertigen, Rechtsgeschäfte zu versagen, wenn der
- 7 Kaufpreis des Grundstückes bzw. der Wohnung in einem groben Missverhältnis zum Wert
- 8 steht. Spezialgesetzliche Vorkaufsrechte und Wechsel des Eigentums in der Familie
- 9 stehen im Rang vor dem allgemeinen Vorkaufsrecht der Kommunen.

Antrag IR 09: Geschlechtergerecht in Wort und Schrift

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	ASF Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Wir fordern die Landtagsfraktion auf, Druck auf die Landesregierung auszuüben, damit
- 2 schnellstmöglich ein Leitfaden erarbeitet wird, der festlegt, wie in der internen und
- 3 externen Kommunikation auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung
- 4 geschlechtergerechte Sprache verwendet wird. Hiermit sind alle relevanten
- 5 Akteur*innen, wie etwa ~~Das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg erarbeitet~~
- 6 ~~in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium und der~~ die LAG
- 7 (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
- 8 Baden-Württemberg) einzubinden. ~~bis Dezember 2023 einen verwaltungsinternen~~
- 9 ~~Leitfaden, dass und wie alle öffentlichen Einrichtungen des Landes und der Kommunen~~
- 10 ~~in ihrer internen und externen Kommunikation geschlechtergerechte Sprache verwenden.~~

Antrag IR 10: Landesaufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte und besonders gefährdete Frauen

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	ASF Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird aufgefordert, auch nach dem Ende der
- 2 Evakuierungen aus Kabul, ein Landesaufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte sowie
- 3 für besonders gefährdete Frauen aufzulegen.

Antrag Res 01: Europa gelingt nur gemeinsam – für eine starke und wehrhafte europäische Rechtsgemeinschaft

Laufende Nummer: 50

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in Fassung der AK
Sachgebiet:	Res - Resolution

1 Europa gelingt nur gemeinsam – für eine starke und wehrhafte europäische 2 Rechtsgemeinschaft

3 In Polen gehen derzeit Tausende Menschen zu Demonstrationen auf die Straße. Sie sehen
4 ihr Heimatland als festen Bestandteil der Europäischen Union. Sie wollen keinen EU-
5 Austritt. Sie demonstrieren für die europäischen Grundwerte – für Freiheit,
6 Demokratie und Rechts-staatlichkeit. Sie demonstrieren gegen eine Regierung, die
7 diese Werte systematisch verletzt. Ihnen gebührt unsere Anerkennung und unsere volle
8 Solidarität.

9 Seit Jahren beobachten wir mit Sorge die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in der
10 Republik Polen. Die regierende PiS-Partei hatte das Verfassungsgericht 2015, direkt
11 nach ihrem Wahlsieg, unter ihre Kontrolle gebracht. Seitdem wurde die Unabhängigkeit
12 der Justiz systematisch untergraben, zum Beispiel durch Beschlüsse zur
13 Richterauswahl, durch die politische Kontrolle des Landesjustizrates oder die
14 Schaffung einer Disziplinarkammer am Obersten Gericht.

15 Diese Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit führten zur Einleitung des sog. „Artikel
16 7-Verfahrens“, wonach Verstöße gegen die Grundwerte der EU sanktioniert werden
17 können. Die Kommission leitete zudem mehrere EU-Vertragsverletzungsverfahren vor dem
18 EuGH gegen Polen ein, denen der EuGH im Laufe des Jahres 2021 entsprach. So wurden
19 die Zwangspensionierungen von Richtern am Obersten Gerichtshof, die Disziplinarkammer
20 und der Landesjustizrat für unvereinbar mit der europäischen Rechtsstaatlichkeit und
21 dem Recht der Unionsbürger:innen auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz in den vom
22 Unionsrecht erfassten Bereichen erklärt. Den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs
23 gegen die Justizreform kam die polnische Regierung nur bedingt nach.

24 Am 07.10.2021 erklärte das polnische Verfassungsgericht zentrale Artikel der EU-
25 Verträge, die die Einheitlichkeit des Unionsrechts in der gesamten EU gewährleisten
26 und die das Fundament der europäischen Rechtsgemeinschaft bilden, als unvereinbar mit
27 der polnischen Verfassung. Diese Entscheidung bricht mit dem Grundsatz des
28 Anwendungsvorrangs von europäischem vor nationalem Recht. Das von der
29 Regierungspartei besetzte Verfassungsgericht ermächtigt damit die polnische
30 Regierung, die europäischen Verträge zu missachten. Das Verfassungsgericht
31 signalisiert so, dass Polen sich nicht mehr an gemeinsam vereinbarte europäische
32 Regeln zu halten hat. Polen positioniert sich damit bewusst außerhalb der

33 europäischen Rechtsordnung.
34 Rechtsstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz waren für Polen, wie für jedes
35 Mitglied, Voraussetzung zum Beitritt zur EU.
36 Wenn Europarecht nicht mehr gelten soll, dann kann auch die Europäische Union nicht
37 mehr funktionieren. Das polnische Verfassungsgerichtsurteil kann, auch mit Blick auf
38 andere Mitgliedstaaten, eine verheerende Wirkung entfalten. Deshalb muss sich die
39 Europäische Union mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln wehren und
40 schnellstmöglich handeln.
41 Wir fordern die Europäische Union auf, die polnische Regierung für diese Missachtung
42 der europäischen Verträge zur Rechenschaft zu ziehen, den
43 Rechtsstaatlichkeitsmechanismus unverzüglich anzuwenden und die Auszahlung von EU-
44 Geldern an Polen zu stoppen. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Mitgliedstaat, der
45 zentrale und fundamentale EU-Vertragsnormen eigenmächtig außer Kraft setzt und
46 gemeinsame Werte und Regeln systematisch missachtet, europäisches Geld erhält.

Antrag UV 02: Kreuzfahrt-Angebote des SPD-Reiseservice

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

- 1 Wir fordern den Bundesvorstand dazu auf, dass er sich klar dazu positioniert, dass
- 2 ein Angebot von Kreuzfahrten mit dem Namen SPD-Reiseservice nicht vereinbar ist.